

Streitpunkt Zuwanderung

Wirtschaft will eine weitere Öffnung und gezieltere Ausbildung

Die Schweiz steht nicht alleine da, wenn es um Fragen der Zuwanderung geht. Es gibt jedoch verschiedene Ansätze, mit deren Notwendigkeit und Folgen umzugehen, wie am Europa Forum Luzern deutlich geworden ist. Im Falle der Schweiz plädieren Wirtschaftsvertreter für eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes, fordern aber gleichzeitig auch mehr Engagement in der Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte. **Daniela Baumann**



Illustration: 2% of the world population migrates for a longer time to another country.

Die Welt in Bewegung: Drei Prozent der Weltbevölkerung wandern für längere Zeit in ein anderes Land aus.

«Jeder Mensch ist direkt oder indirekt von internationaler Migration betroffen.» Khalid Koser vom Geneva Center for Security Policy brachte es am Europa Forum Luzern auf den Punkt: Migration ist ein globales Phänomen. Weltweit gelten 214 Millionen Menschen als Migrantinnen respektive Migranten. Das entspricht drei Prozent der Weltbevölkerung, die gemäss Definition mehr als ein Jahr ausserhalb ihres Herkunftslandes verbringen. Mit 70 Millionen lebt rund ein Drittel von ihnen in Europa.

Arbeit als zentraler Treiber

Wie Khalid Koser aufzeigte, sind die Gründe für die aktuellen Wanderungsbewegungen zahlreich. Unter anderem be-

zeichnete er Migration als Antwort auf die weltweit wachsenden Ungleichheiten hinsichtlich Entwicklung, Demokratie und Demografie. Weiter nannte er die neuen Kommunikations- und Transportmöglichkeiten: Sie ermöglichen immer mehr Menschen, sich ein Bild vom Leben in anderen Ländern zu machen und so günstig wie noch nie zu reisen. Auch profitierten heute migrationswillige Personen – wenn auch nur gesuchte hochqualifizierte – von vereinfachten Einwanderungsregelungen. Schliesslich würden mit Migration viele Leute viel Geld verdienen, etwa Menschenhändler und Schmuggler.

Obwohl viele Faktoren im Zusammenspiel zu den heutigen Aus- und Einwanderungsströmen beitragen, sieht Koser einen Hauptgrund: «Die meisten Menschen in der Welt migrieren zwecks Arbeit, weil es in ihrem Land zu wenig davon gibt oder weil sie hoffen, im Ziel-

land bessere Arbeit zu finden.» Der wissenschaftliche Dekan am Geneva Center for Security Policy sprach in diesem Zusammenhang von segmentierten Arbeitsmärkten in den hochentwickelten Volkswirtschaften. So würden insbesondere schmutzige, gefährliche und schwierige Tätigkeiten von einheimischen Arbeitskräften schlicht nicht mehr ausgeführt – lieber bezögen sie Arbeitslosengeld. Diese Branchen seien entsprechend stark auf Zuwanderer angewiesen.

Zuwanderung erhöht Produktivität und Wachstum

Auch die Schweizer Wirtschaft ist von ausländischen Arbeitskräften abhängig. Untersuchungen an der Universität Basel untermauern dies. Die Personenfreizügigkeit habe den Löhnen und der Arbeitslosigkeit in der Schweiz einerseits nicht geschadet, zitierte George Sheldon, Basler Professor für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomie, aus den Ergebnissen. Andererseits: «Weil seit fast 20 Jahren vor allem gut ausgebildete Personen in die Schweiz einwandern, hat der freie Personenverkehr sogar Positives gebracht.»

So lässt sich die Zunahme der Arbeitsproduktivität der Erwerbsbevölkerung mit der verstärkten Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte erklären. Denn die Produktivität einer Person steigt mit der Anzahl Bildungsjahre. Mit dem Bildungsstand der Erwerbsbevölkerung erhöht sich zudem das Tempo des Wirtschaftswachstums. Schliesslich profitiert gemäss Sheldon die hiesige Fiskalbilanz, weil die Ausländer in der Schweiz insgesamt mehr in die Sozialwerke einzahlen als Leistungen beziehen, und weil sie keine Hochschulkosten verursachen. «Bei hochqualifizierten Einwanderern fallen die Bildungskosten im Ausland an, die Bildungsrenditen dagegen in der Schweiz.»

Einwanderer ist nicht gleich Einwanderer

So wenig bestritten die wirtschaftliche Notwendigkeit der Zuwanderung für die Schweiz und Europa ist, so wenig können deren gesellschaftlichen Auswirkungen und die Ängste der Bevölkerung ignoriert werden. Verschiedene Staaten wählen unterschiedliche Wege, mit diesem Dilemma umzugehen, wie Regierungsvertreter aus Schweden und den Niederlanden in Luzern aufzeigten.

Während Schweden seine restriktiven Bestimmungen gegenüber Zuwanderern aus Drittstaaten vor drei Jahren lockerte, beschlossen die Niederlande im letzten Jahr eine Verschärfung ihrer Einwanderungspolitik. Diese unterscheidet verschiedene Kategorien von Migranten. «Nur diejenigen, die in den Niederlanden einen positiven Beitrag leisten können, sind willkommen», sagte Botschaf-

ter Bert Twaalfhoven. «Zur Beantwortung der Frage, wer einwandern darf und wer nicht, wenden wir das einfachste aller Kriterien an: das Einkommen», so Twaalfhoven weiter. Für die so genannten Wissensmigranten, hoch qualifizierte Spitzenkräfte, wurde das Zuwanderungsverfahren stark vereinfacht. Wenn ein Unternehmen eine be-

«Die meisten Menschen migrieren zwecks Arbeit.»

stimmte Fachkraft von ausserhalb der EU einstellen will, können innerhalb von zwei Wochen die Genehmigung durch die Zuwanderungsbehörde erfolgen und sämtliche Formalitäten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt erledigt werden.

Christina Springfeldt, stellvertretende Generaldirektorin des Departements für Migrations- und Asylpolitik Schwedens, präsentierte die Migrationsgesetzgebung ihres Landes als «das offenste und liberalste System wirtschaftlicher Zuwanderung in der OECD». Es basiert ebenfalls auf der Überzeugung, dass die Arbeitgeber ihren jeweiligen Bedarf an Arbeitskräften selber am besten beurteilen können. Das System ist deshalb komplett nachfragegesteuert: Arbeitgeber sind grundsätzlich frei, wo sie ihr Personal rekrutieren. Die Voraussetzungen sind, dass sie eine vakante Stelle zuerst in den EU-/Efta-Staaten ausschreiben und dass die Migrationsbehörde den Anstellungsbedingungen die Einhaltung nationaler Standards bescheinigt. Nach vier Jahren in Schweden kann dem Arbeitnehmenden eine permanente Aufenthaltsbewilligung erteilt werden.

Steigender Konkurrenzdruck

«Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass unsere liberale Zuwanderungspolitik nicht zu einem massiven Zustrom von Arbeitsmigranten geführt hat», zitierte Springfeldt aus einer Evaluationsstudie der OECD. Diese kam überdies zum Schluss, dass die Löhne nicht unter Druck geraten sind – im Gegenteil: Insgesamt bezahlen Unternehmen mit zu-

gewanderten Arbeitskräften sogar höhere Löhne als solche ohne. Zwar sei Schweden mit seiner offenen Migrationspolitik anderen Ländern einen Schritt voraus, sagte Springfeldt. Doch: «In Zukunft werden wir im Kampf um die besten Köpfe vermehrt mit anderen Staaten in Europa konkurrenzieren.»

Dass sich auch die Schweiz im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte gegenüber dem Ausland positionieren muss, wurde an einer Podiumsdiskussion mit Wirtschaftsvertretern verschiedener Branchen deutlich. Arne-C. Faisst etwa, CEO des Medizinaltechnik-Unternehmens Mathys AG im solothurnischen Bettlach, stellte fest, dass es schwieriger geworden ist, Ingenieure aus Deutschland zu finden. Um seine Fachleute im Land zu behalten, zahle der nördliche Nachbar mittlerweile höhere Löhne als die Schweizer Wirtschaft. Ähnlich präsentiert sich die Situation in Gesundheitsberufen, wie Raymond Loretan, VR-Präsident von Genolier Swiss Medical Network, eines Netzwerks privater Spitäler, konstatierte: «Das Gesundheitswesen ist eine Wachstumsbranche. Unsere Nachbarländer haben dieselben Bedürfnisse wie wir; die Konkurrenz wird härter.» Umso wichtiger sei es, auch beim eigenen Nachwuchs anzusetzen und diesen richtig auszubilden, sagte Alain M. Ritter, Head Human Resources bei Georg Fischer Piping Systems: «Ich sehe ein grosses ungenutztes Potenzial in einer vermehrten Zusammenarbeit der Wirtschaft mit Bildungsinstitutionen.»

Ventilklausel: Unterschätzte Symbolkraft im Ausland

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer auch darin, dass die Anrufung der Ventilklausel im Rahmen des Abkommens über den freien Personenverkehr mit der EU einen negativen Symbolcharakter hat, speziell im Kontext der Standortattraktivität. Der Entscheid des Bundesrates signalisiere potenziellen ausländischen Arbeitskräften, dass sie in der Schweiz nicht willkommen seien. Die Wirtschaftsvertreter forderten statt Isolation eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes. Mit den Worten Raymond Loretans: «Wir müssen dort suchen, wo die besten sind – auch ausserhalb Europas.» ■